



## Presseinformation

Nr. 47/2013 Kiel, 26. April 2013

Jugendpolitik

Hubertus Hencke  
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke  
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen  
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner  
Ratsherr

### **Die Einführung einer Sozialstaffel an Betreuten Grundschulen ohne finanzielle Haushaltsabdeckung hätte ins Leere laufen können**

Die jugendpolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Silke Jürgensen erklärt zu dem in der Ratsversammlung vom 25. April 2013 gefassten Beschluss:

Der von Verwaltung und Politik schon lange **gemeinsam** bekundete Wille, auch für die Betreuten Grundschulen eine Sozialstaffel einzuführen, um damit auch eine Geschwisterkinderermäßigung zu erwirken, hat in der gestrigen Sitzung einen Abschluss gefunden.

Erklärtes Ziel ist es, die Schulkinderbetreuung tatsächlich auch am Lebensort Schule stattfinden zu lassen, dieser Prozess findet unsere volle Unterstützung.

Über viele Monate hinweg wurde ein Weg erarbeitet, Eltern, deren Kinder eine betreute Grundschule besuchen, in der Gebührenermäßigung die gleichen Rechte einzuräumen, wie den Eltern, deren Kinder eine Kita- oder Hortbetreuung in Anspruch nehmen.

Dazu war es nötig abzuklären, ob die Betreuten Grundschulen, die überwiegend von Elternvereinen oder freien Trägern getragen werden, in der Gebührenermäßigung den Horten und Kitas gleichgestellt werden können. Des Weiteren war es in diesem Entscheidungsprozess erforderlich, die Kosten für eine derartige Sozialstaffel zu ermitteln.

Doch wie in vielen anderen Prozessen auch, ist es der Kooperation herzlich egal, ob die Stadt Kiel überhaupt in der Lage ist, diese zusätzliche und freiwillige soziale Leistung anbieten zu können. Wir, die FDP-Ratsfraktion haben immer dafür plädiert, erst eine finanziell gesicherte Deckung in den Haushalt einzubringen, um dann den Eltern die entsprechende Ermäßigung zu ermöglichen - und das war immer unser Ziel.

Diese Ermäßigung bedeutet für die Stadt Kiel eine weitere finanzielle Kraftanstrengung, der hoffentlich nicht andere Aufgaben oder Projekten zum Opfer fallen werden.

Es ist höchste Eisenbahn, dass die sich schon viel zu lange in der Diskussion befindliche landesweite Sozialstaffelregelung Einzug in die kommunalen Haushalte hält.

Und hier ist die Landesregierung weiterhin in der Pflicht, endlich eine einheitliche Sozialstaffel auf den Weg zu bringen!

V. i. S. d. P.

Astrid Sallandt  
Fraktionsmitarbeiterin